



Institut für Föderalismus
Institut du Fédéralisme
Institute of Federalism

Universität Freiburg
Institut für Föderalismus
Av. Beauregard 1
CH – 1700 Freiburg

Kantonale Volksabstimmungen vom 14. Juni 2015

Die Ergebnisse

Votations cantonales du 14 juin 2015

Les résultats

Angenommene Vorlagen sind grün, abgewiesene Vorlagen sind rot und Stimmbeteiligung blau eingefärbt.

Les textes acceptés sont signalés en vert; les textes rejetés sont signalés en rouge et la participation en bleu.

Übersicht / Aperçu

Änderungen von Kantonsverfassungen / Modifications des constitutions cantonales:



BL: Formulierte Verfassungsinitiative «Für eine wirkungsvolle Kooperation in der Region (Regio-Kooperationsinitiative)»



GR: Teilrevision Kantonsverfassung, neuer Art. 83a (Umsetzung der am 22. September 2013 angenommenen kantonalen Volksinitiative «Ja zu sauberem Strom ohne Kohlekraft»)



TI: «Salviamo il lavoro in Ticino» – Iniziativa popolare costituzionale elaborata



VS: Révision de la Constitution cantonale
A) composition et mode d'élection du Grand Conseil
B) organisation des autorités cantonales



ZH: Gebührenvorlage: Änderung der Kantonsverfassung (Obligatorisches Referendum für Gebühren)

Obligatorisches oder fakultatives Gesetzesreferendum / Référendum législatif, obligatoire ou facultatif :



BL: Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte



BS: Grossratsbeschluss betreffend «Abfallentsorgung mit Containern (Massnahmenpaket für eine verbesserte Sauberkeit und zur Abfallvermeidung in Basel, Teil II)»



GE: Loi modifiant la loi sur les démolitions, transformations et rénovations de maisons d'habitation (mesures de soutien en faveur des locataires et de l'emploi)



NW: Referendum gegen die Teilrevision des Volksschulgesetzes betreffend die Neuregelung der Schuleingangsstufe



TI: Ecoincentivi – Modifica della legge sulle imposte e tasse di circolazione dei veicoli a motore



UR: Änderung des Gesetzes über die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuchs (Regelung der vollzugsrechtlichen Sicherheitshaft)



UR: Änderung der Gewässernutzungsverordnung (Verfahren und Entscheid bei Konkurrenzsituationen)



ZH: Gebührenvorlage: Änderung des Gemeindegesetzes (Gebührenkatalog)

Gesetzesinitiative / Initiatives législatives :



[JU: Initiative populaire «Pour l'imposition des frontaliers à la source»
et
Contre-projet du Parlement à l'initiative populaire](#)



[SG: Gesetzesinitiative «Zukunft dank gerechter Vermögenssteuern \(Steuergerechtigkeitsinitiative\)»](#)



[ZH: Volksinitiative «Keine Härtefallkommission»](#)

Finanzreferendum / Référendum financier :



[UR: Kreditbeschluss für die Erweiterung des Wohnheims Phönix Uri \(Abschreibung und Verzinsung \(CHF 2.5 Mio.\)\)](#)



[VS: Décret créant un fonds pour le financement du projet de la troisième correction du Rhône \(CHF 60 mio.\)](#)



[ZG: Stadttunnel Zug mit ZentrumPlus \(Behördenreferendum zum Objektkredit \(CHF 890 Mio.\)\)](#)

Im Detail / Dans le détail

BL



1. Formulierte Verfassungsinitiative vom 9. August 2012

«Für eine wirkungsvolle Kooperation in der Region
(Regio-Kooperationsinitiative)»

Stimmbeteiligung:

JA (76.34%)
41.08%

Die formulierte Regio-Kooperationsinitiative möchte den bestehenden Verfassungsauftrag an die Baselbieter Behörden, mit anderen Kantonen und mit dem benachbarten Ausland zusammenzuarbeiten, erweitern und verfeinern.

Heute ist die Verfassungsbestimmung über die interkantonale und regionale Behördenkooperation des Kantons Basel-Landschaft vor allem auf den Partnerkanton Basel-Stadt ausgerichtet. Die konkreten Forderungen, dass die Kantonsbehörden insbesondere den Abschluss von Vereinbarungen, die Schaffung gemeinsamer Institutionen, die Regelung des gegenseitigen Lastenausgleichs und die Angleichung der Gesetzgebung anzustreben hätten, beschränkt sich nach dem jetzigen Verfassungswortlaut ausschliesslich auf den Kanton Basel-Stadt.

Die Regio-Kooperationsinitiative möchte den Blickwinkel verbreitern und die genannten Zusammenarbeitsformen auf alle weiteren Gebietskörperschaften im Inland und Ausland, in der Region und besonders in der Nordwestschweiz ausdehnen. Dazu schlägt sie eine Ergänzung der bisherigen Verfassungsregelung vor.

Diese Initiative hat eine bemerkenswerte Besonderheit: Regierungsrat und Landrat befürworten sie und empfehlen den Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, sie anzunehmen (ohne Gegenentwurf).

Das erklärte Ziel des *Regierungsrats* ist es, die erfolgreiche Zusammenarbeit in der Region mit allen Nordwestschweizer Nachbarkantonen und mit den Partnern im benachbarten Ausland stetig weiterzuentwickeln und zu verstärken. Er versteht die von der Initiative vorgeschlagene erweiterte Verfassungsbestimmung auch als Appell und Einladung an den Kantonsnachbarn, seinerseits Anstösse zur Nutzung von weiteren Zusammenarbeitsfeldern zu geben.

Im *Kantonsparlament* hingegen waren die Meinungen darüber geteilt, ob es notwendig sei, die heute geltende Verfassungsbestimmung über die interkantonale und regionale Behördenzusammenarbeit durch die erweiterte Formulierung der Initiative zu ersetzen. Seitens der befürwortenden Landratsmitglieder wurde unter anderem betont, die Initiative sei ein starkes Signal an die Regierung, dass sie den Weg der verstärkten Zusammenarbeit mit den verschiedenen Partnern in der Region weiterverfolgen und vorantreiben soll. Eher skeptisch gestimmte Landratsmitglieder hielten dem entgegen, was die Initiative verlange, sei eine Selbstverständlichkeit.

Schlussendlich stimmte der Landrat an seiner Sitzung vom 15. Januar 2015 der Regio-Kooperationsinitiative mit 47:4 Stimmen bei 31 Enthaltungen zu.

Warum dann eine Volksabstimmung? Diese Verfassungsinitiative unterliegt gemäss § 30 Absatz 1 Buchstabe c der Kantonsverfassung der obligatorischen Volksabstimmung.

2. Änderung vom 5. März 2015 des Gesetzes über die politischen Rechte

Stimmbeteiligung:

JA (68.85%)
40.87%

Diese Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte betrifft zwei voneinander unabhängige Regelungen: den *Vote électronique* sowie das Amtliche Informationsblatt bei Majorzwahlen

Zum einen soll mit einem neuen § 7a eine Rechtsgrundlage für die spätere Einführung der elektronischen Stimmabgabe, häufig als «*Vote électronique*» bezeichnet, geschaffen werden. Noch sind die technischen Voraussetzungen nicht gegeben, dass den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern die Alternative geboten werden kann, sich mit den Mitteln der modernen Informationstechnologie an Wahlen und Abstimmungen zu beteiligen. In mehreren Kantonen wie auch beim Bund werden aber Anstrengungen unternommen, ein elektronik-gestütztes sicheres Wahl- und Abstimmungssystem zu entwickeln. Wenn dereinst eine zuverlässige Lösung bereitstehen wird, soll sie auch rasch eingesetzt werden können. Um zu vermeiden, dass sich die Einführung dazumal aus rechtlichen Gründen verzögert, hat der Landrat mit der Einfügung von § 7a in das Gesetz über die politischen Rechte die gesetzliche Basis für die Etablierung des «*Vote électronique*» bereits gelegt.

Da die entsprechende Gesetzesänderung aber von weniger als 4/5 der Mitglieder des Landrates angenommen wurde, unterliegt sie der obligatorischen Volksabstimmung.

§ 26 Abs. 3 (geändert), Abs. 4 (neu)

³ Zusammen mit den Wahlzetteln erhalten die Stimmberechtigten bei den Wahlen gemäss § 27 Buchstaben a bis d ein amtliches Informationsblatt mit den Namen der Personen, die bis zum 48. Tag vor dem Wahlgang der Landeskanzlei gemäss den Bestimmungen von § 33 Absätze 3 bis 5 und 33a mitgeteilt worden sind. Der Regierungsrat regelt das Nähere in der Verordnung.

⁴ Für Wahlen gemäss § 27 Buchstaben e und f kann der Gemeinderat beziehungsweise der Bürgerrat durch Verordnung ein Verfahren im Sinne von Absatz 3 beschliessen.

Mit einer weiteren Gesetzesänderung hat der Landrat beschlossen, dass bei Mehrheitswahlen (Majorzwahlen) ein für Gemeinden **Informationsblatt** mit den Namen der Kandidatinnen und Kandidaten abgegeben werden muss (Kann-Regelung). Mit dieser Massnahme soll eine Verbesserung des Informationsstands der Stimmberechtigten betreffend ernsthafte Kandidaturen bei Majorzwahlen erreicht werden.

Als Teil desselben Beschlusses wie die «Vote électronique» kommt auch diese Gesetzesanpassung zur Abstimmung, obwohl sie im Landrat unbestritten war.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

http://www.baselland.ch/fileadmin/baselland/files/docs/parl-ik/wahlen/abst_bro/U20150614_bro_web.pdf

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

BS



Grossratsbeschluss vom 12. November 2014 betreffend

«Abfallentsorgung mit Containern (Massnahmenpaket für eine verbesserte Sauberkeit und zur Abfallvermeidung in Basel, Teil II)»

NEIN (69.24%)
50.51%

Stimmbeteiligung:

Das heutige System der Abfallsammlung in der Stadt Basel führt zu zahlreichen Problemen und Einschränkungen für die Bevölkerung. So können die Einwohnerinnen und Einwohner und die Geschäfte ihren Abfall heute nur wöchentlich zwei Mal in festen Zeitfenstern auf die Strasse stellen.

Vor diesem Hintergrund hat der Regierungsrat dem Grossen Rat vorgeschlagen, in der Stadt Basel flächendeckend rund 620 Unterflurcontainer einzurichten, so dass die Gehdistanz von jedem Haus zu einem Container maximal 100 Meter beträgt und gleichzeitig die Abfallsäcke nicht mehr auf dem Trottoir bereitgestellt werden müssen. Das Unterflurcontainersystem erlaubt es, jeden Tag rund um die Uhr den Abfallsack einzuwerfen. Dabei ist der Container selbst nicht sichtbar – an der Oberfläche ist nur der Einwurf zu sehen, der ähnlich aussieht wie die öffentlichen Abfallkübel. Dieses System wird seit Jahren erfolgreich in anderen Schweizer Städten eingesetzt, so unter anderem in der Innenstadt von Zürich, in Chur und Lugano.

Der Grosse Rat ist dem Antrag des Regierungsrates auf eine flächendeckende Einführung des Unterflurcontainersystems mit Beschluss vom 12. November 2014 nicht gefolgt und hat den beantragten Kredit von 26'510'000 Franken um rund die Hälfte auf 13'332'750 Franken gekürzt. Damit sollen Unterflurcontainer nur an ausgewählten Standorten eingerichtet werden und gleichzeitig soll das bisherige Abfallentsorgungssystem in allen Stadtteilen beibehalten werden.

Gegen diesen Beschluss des Grossen Rates wurde das Referendum ergriffen und kam mit 4698 gültigen Unterschriften zustande. Das Referendumskomitee lehnt den Beschluss des Grossen Rates betreffend Abfallentsorgung mit Containern ab, weil:

- die zu erwartenden Kosten viel zu tief angesetzt wurden;
- sich die propagierten Einsparungen durch Beibehaltung von zwei separaten Entsorgungssystemen in Mehrausgaben verwandeln würden;
- die Deponiestellen für die betagte und körperlich behinderte Bevölkerung ungeeignet seien und
- Arbeitsplätze wegorganisiert würden.

Der Regierungsrat sprach sich aus finanziellen Gründen gegen diesen Grossratsbeschluss aus, da die Doppelspurigkeit der beiden Abfallentsorgungssysteme jährliche Mehrkosten von rund 800'000 Franken zur Folge hätte.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

http://www.staatskanzlei.bs.ch/politische-rechte/wahlen-abstimmungen.html#page_section3_section1

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

GE



Loi modifiant la loi sur les démolitions, transformations et rénovations de maisons d'habitation du 19 septembre 2014 (mesures de soutien en faveur des locataires et de l'emploi)

**OUI (57.9%)
45.36%**

Participation:

Cette loi modifiant la LDTR et intitulée «Plus de logements pour les Genevois!» (L 5 20 – 11394) émane de députés du Grand Conseil. Elle a pour objectif de favoriser l'affectation de locaux commerciaux à l'habitation. A cette fin, la loi prévoit que :

- la transformation d'un local à usage commercial, administratif, artisanal ou industriel en logement ne constituerait pas un changement d'affectation;
- la reconversion ultérieure d'un logement ainsi transformé dans sa destination d'origine ne constituerait pas non plus un changement d'affectation;
- les loyers ou les prix des appartements créés dans des locaux commerciaux, administratifs, artisanaux ou industriels ne seraient pas contrôlés, sauf s'ils l'étaient déjà précédemment.

Le Comité référendaire réfute cette affirmation et prétend que le seul objectif de la loi serait de favoriser la spéculation. Les diverses positions sont ici totalement antinomiques (il en va de même en Valais avec la 3^{ème} correction du Rhône, cf. ci-après p. 18)

Position d'une majorité du Grand Conseil

Les députés auteurs du projet considèrent que l'assouplissement proposé donnerait un élan dynamique à la création de logements et contribuerait à détendre le marché du logement. Une majorité du Grand

Conseil constate que la pénurie toucherait actuellement plus fortement les logements que les locaux commerciaux et juge que cette modification législative pourrait permettre la création de logements dans le canton à brève échéance sans qu'il ne faille construire de nouveaux immeubles.

Position d'une minorité du Grand Conseil

Une minorité du Grand Conseil prétend au contraire que la LDTR dans sa formulation actuelle ne constituerait pas une entrave à la transformation de bureaux en logements. Un assouplissement de la loi ne serait donc pas justifié pour ce motif. Elle estime par ailleurs que la suppression de tout contrôle sur les loyers des logements ainsi créés se ferait au détriment des locataires de ces appartements, qui mériteraient la même protection légale que les autres locataires du canton de Genève. Celui-ci aurait besoin de logements à des loyers répondant aux attentes d'une partie prépondérante de la population, mais les logements qui seraient créés à la suite de l'adoption de la modification législative proposée ne répondraient pas à cette exigence car leurs loyers seraient trop élevés.

Position du Comité référendaire

Le Comité référendaire prétend lui aussi que la LDTR actuelle n'empêcherait pas de réaliser les logements annoncés, mais qu'en revanche elle empêcherait que ces nouveaux logements ne soient hors de prix et réservés à une minorité de personnes fortunées. C'est précisément cet encadrement prévu par la LDTR qui gênerait les milieux immobiliers et les aurait incités à rédiger la loi dont le but inavoué serait de supprimer définitivement tout contrôle des loyers pour ces logements.

Pour le Comité référendaire, cette loi devrait permettre aux immobiliers de rétablir leurs profits perdus sur le marché des locaux commerciaux actuellement en crise. Les bailleurs pourraient faire payer aux futurs locataires de ces bureaux – une fois transformés en logements – les loyers élevés qu'ils ne parviennent plus à obtenir des entreprises. Ils s'assureraient en outre de pouvoir réaffecter en tout temps ces logements en bureaux, pour spéculer cette fois-ci sur le marché des locaux commerciaux, dès que celui-ci ne serait plus en crise.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

<http://www.ge.ch/votations/20150614/doc/brochure-cantonale.pdf>

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

GR



Teilrevision Kantonsverfassung, neuer Art. 83a (Umsetzung der am 22. September 2013 angenommenen kantonalen Volksinitiative «Ja zu sauberem Strom ohne Kohlekraft»)

Stimmbeteiligung:

**JA (80.89%)
37.16%**

Am 22. September 2013 hat das Bündner Stimmvolk die kantonale Volksinitiative «Ja zu sauberem Strom ohne Kohlekraft» angenommen. Die sogenannte «Kohleinitiative» verlangte die Aufnahme eines klaren Bekenntnisses gegen Kohlekraftwerke in die Kantonsverfassung und bezweckt, dass Unternehmen mit Kantonsbeteiligung nicht in Kohlekraftwerke investieren.

Mit dem in der Zwischenzeit beschlossenen Ausstieg von Repower aus dem Kohlekraftwerkprojekt in Saline Joniche ist ein hauptsächliches Ziel der «Kohleinitiative» bereits weitgehend erreicht. Die vorgeschlagene neue Verfassungsbestimmung soll sicherstellen, dass der Kanton keine neuen Anteile an Gesellschaften mit Kohlekraftwerkbeteiligungen erwirbt und im Rahmen seiner Möglichkeiten als Aktio-

när oder Beteiligter darauf hinwirkt, dass Unternehmen mit Kantonsbeteiligungen nicht in die Stromproduktion aus Kohlekraft investieren.

In der Februarsession 2013 hatte sich der Grosse Rat *gegen* die «Kohleinitiative» ausgesprochen. Nach deren Annahme durch das Stimmvolk will die überwiegende Mehrheit des Grossen Rats nun den Volkswillen umsetzen. Mit der Aufnahme der vorgeschlagenen Bestimmung in die Kantonsverfassung soll den Anliegen der «Kohleinitiative» Rechnung getragen werden. Der Grosse Rat hat anlässlich der Februarsession 2015 der entsprechenden Vorlage mit 93 zu 0 Stimmen und 23 Enthaltungen zugestimmt.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

http://www.gr.ch/DE/publikationen/abstimmungenwahlen/resultate/Abstimmungsunterlagen_Kanton/01_Erleaeterungen_d_2015_06_14.pdf

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

JU



Initiative populaire «Pour l'imposition des frontaliers à la source»

NON (67.83%)

et

Contre-projet du Parlement à l'initiative populaire

OUI (63.0%)

Participation:

36.4%

Les Jurassiens se prononceront sur le principe d'imposer ou non les frontaliers à la source. L'initiative conduirait à un transfert du pouvoir d'imposer les frontaliers de l'Etat de résidence (la France) à l'Etat du lieu de travail (la Suisse). A l'instar du système actuel, une compensation financière devrait être versée par le canton du Jura à la France.

Le statut fiscal des travailleurs frontaliers français a fait l'objet de quatre interventions parlementaires depuis 2008, avant le dépôt de l'initiative populaire. Selon le droit en vigueur (l'accord relatif à l'imposition des rémunérations des travailleurs frontaliers du 11 avril 1983), le frontalier français est imposé en France, moyennant le versement d'une compensation financière équivalente à 4.5% du salaire brut au canton du lieu de travail, par l'Etat français. Ce taux de 4.5% résulte de négociations menées entre la Suisse et la France au début des années 1980.

En cas d'imposition à la source des travailleurs frontaliers, comme le demande l'initiative, le canton du Jura devrait procéder à une rétrocession en faveur de la France. Le montant de cette rétrocession devrait faire l'objet d'une négociation avec les autorités françaises. Cela dit, l'imposition à la source des travailleurs frontaliers augmenterait les charges administratives des entreprises jurassiennes concernées et de l'autorité fiscale. Les entrepreneurs jurassiens auraient ainsi l'obligation de procéder à la retenue de l'impôt à la source de leurs travailleurs frontaliers sur le revenu de ceux-ci après avoir déterminé le barème applicable. Ils ne pourraient plus se contenter d'adresser un certificat de salaire et une attestation de domicile à l'autorité fiscale.

Les arguments du comité d'initiative se résument ainsi :

- équité du traitement fiscal entre frontaliers et Jurassiens ;
- le canton du Jura encaisserait mensuellement son dû au lieu d'attendre le versement de la rétrocession ;
- le canton du Jura dispose actuellement pas des chiffres pour contrôler si la somme reçue, résultant du taux de rétrocession de 4,5%, correspond à 60% des impôts français ;
- la pression exercée sur les salaires des Jurassiens par les frontaliers se trouverait apaisée, du mo-

- ment que l'impôt sera directement déduit du salaire ;
- les recettes fiscales jurassiennes augmenteraient significativement, sans augmentation d'impôts, ce qui représenterait un avantage concurrentiel vis-à-vis des autres cantons.

Le Parlement oppose à l'initiative un contre-projet qui maintiendrait l'imposition du travailleur frontalier français dans son Etat de résidence, mais prévoirait que le Gouvernement examine au moins une fois par législature si les conditions qui ont conduit à la fixation du taux de rétrocession, actuellement de 4.5% du salaire brut du frontalier, se sont modifiées. Ainsi, le contre-projet prévoit le maintien de l'accord de 1983 et donc l'imposition en France du travailleur frontalier.

Le Gouvernement et l'ensemble des groupes parlementaires, à une exception près, ont soutenu le contre-projet du Parlement.

A noter que c'est la première fois que le peuple jurassien devra se prononcer sur une initiative accompagnée d'un contre-projet du Parlement.

Selon une étude réalisée le 31 mars 2014 sous la direction du professeur Xavier Oberson, étude que les autorités neuchâteloises et jurassiennes ont commandée à l'Université de Genève, l'imposition à la source des travailleurs frontaliers français aurait les conséquences juridiques, financières et administratives suivantes :

Juridiquement, l'acceptation de l'initiative engendrerait la révocation de l'accord de 1983 pour le canton du Jura. Une telle révocation devrait être effectuée par le Conseil fédéral par voie diplomatique moyennant un préavis de 6 mois.

D'un point de vue *financier*, l'imposition à la source serait défavorable pour le canton du Jura. Sous l'angle de la péréquation financière intercantonale, le canton du Jura verrait son potentiel de ressources augmenter avec pour conséquence une diminution du montant perçu de la Confédération, estimée pour l'année 2014 à 7.4 millions de francs.

En ce qui concerne les *charges administratives*, l'imposition à la source se révélerait plus lourde, tant pour les employeurs que pour l'administration fiscale.

Partant de ce constat, le canton de Neuchâtel, qui a participé à l'étude de l'Université de Genève, a *renoncé* à procéder à un changement de son système actuel, identique au système jurassien, et à prévoir une imposition à la source des travailleurs frontaliers. Le canton de Neuchâtel a privilégié à terme le choix d'une renégociation du taux de rétrocession actuel de 4.5% de la France à la Suisse.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

<http://www.jura.ch/Htdocs/Files/v/18840.pdf/Departements/CHA/CHA/Votations/Message-juin-2015-web.pdf?download=1>

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

Referendum gegen die Teilrevision des Volksschulgesetzes betreffend die Neuregelung der Schuleingangsstufe

NEIN (67.45%)
48.53%

Stimmbeteiligung:

Diese Teilrevision soll es den Gemeinden ermöglichen, sich im Bereich des Schuleingangs anstelle des Kindergartens für ein *alternatives Modell* zu entscheiden: die *Grundstufe* oder die *Basisstufe*.

Um die Jahrtausendwende stellte die schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) in einem Bericht fest, dass ein Schnittstellenproblem zwischen Kindergarten und erster Primar-klasse bestehe. Der Lern- und Entwicklungsstand der Kinder sei sehr unterschiedlich und deshalb schwieriger handhabbar geworden. Als mögliche Alternativen zum Kindergarten wurden in der Folge das Grundstufen- und das Basisstufenmodell entwickelt und erprobt.

- Als **Grundstufe** wird die Zusammenfassung von Kindergarten und 1. Klasse (3 Jahrgänge) verstanden.
- Als **Basisstufe** wird die Zusammenfassung des Kindergartens, der 1. und der 2. Klasse (4 Jahrgänge) bezeichnet.

In zehn Kantonen der Deutschschweiz wurde eine breit angelegte Studie zu den Erfahrungen mit der Basis- und der Grundstufe durchgeführt. Sie kommt zum Schluss, dass die neuen Modelle eine Alternative zum heutigen Schuleingang darstellen. Der frühe Zugang zu den Kulturtechniken Rechnen und Schreiben soll ebenso ermöglicht werden wie jener zum Spiel als Kernelement der Kindergartenpädagogik. Das Ziel, den Übertritt vom Kindergarten in die Primarschule zu entschärfen und besser auf unterschiedliche Lern- und Entwicklungsverläufe von Kindern im Alter von 4 bis 8 Jahren reagieren zu können, würde damit erreicht. Die Evaluationsergebnisse haben ferner gezeigt, dass mit dem Kindergarten in vielen Bereichen die Ziele gleich gut erreicht werden wie mit den neuen Modellen. Modellrechnungen haben ergeben, dass die Führung einer Grund- oder Basisstufe rund 15% höhere Kosten gegenüber der herkömmlichen Form von Kindergarten und Primarschule mit sich bringen würden.

Im Kanton Nidwalden in der Gemeinde Hergiswil wurde im Rahmen eines Schulversuchs 2004 der Kindergarten durch die Grundstufe ersetzt. Aufgrund der positiven Erfahrungen mit der neuen Schulform und im Sinne einer Flexibilisierung zuhanden der Gemeinden sieht die Revision des Volksschulgesetzes vor, den Gemeinden die Wahl zu lassen, ob sie den Kindergarten beibehalten oder die Grundstufe bzw. die Basisstufe einführen wollen.

Gegen diese Gesetzesvorlage wurde innerhalb der gesetzlichen Frist das Referendum ergriffen. Die Änderung des Volksschulgesetzes unterliegt damit der Volksabstimmung. Das Referendumskomitee will am bewährten Kindergarten festhalten und keine anderen teureren Modelle ermöglichen. Drei verschiedene Schulmodelle seien für Nidwalden zu viel und die vorgesehenen Alternativen würden Mehrkosten verursachen, aber keinen Mehrwert bringen.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

<http://www.nw.ch/dl.php/de/553e07e18bd22/Abstimmungsbotschaft.pdf>

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)



**Gesetzesinitiative «Zukunft dank gerechter Vermögenssteuern
(Steurgerechtigkeitsinitiative)»**

NEIN (73.0%)
40.5%

Stimmbeteiligung:

Die Steurgerechtigkeitsinitiative will die Vermögenssteuer erhöhen, indem der heute geltende proportionale Tarif von 1.7 Promille durch einen progressiven Tarif abgelöst werden soll.

Gemäss Initiative soll für Vermögen bis CHF 1 Mio. weiterhin ein Steuersatz von 1.7 Promille gelten, hingegen neu für Vermögensteile zwischen CHF 1 und 2 Mio. ein Steuersatz von 2 Promille und für Vermögensteile über CHF 2 Mio. ein Steuersatz von 3 Promille eingeführt werden. Bei einer Annahme der Initiative wäre mit geschätzten jährlichen Mehreinnahmen in Höhe von CHF 64.3 Mio. zu rechnen. Davon entfielen rund CHF 27.6 Mio. auf den Kanton und rund 36.7 Mio. auf die Gemeinden.

Die meisten Kantone, darunter die Nachbarkantone Zürich, Graubünden und Appenzell Ausserrhoden, kennen einen progressiven Tarif bei der Vermögenssteuer. Neben dem Kanton St.Gallen haben sechs weitere Kantone einen proportionalen Vermögenssteuertarif; dazu gehören die Kantone Thurgau und Appenzell Innerrhoden, die einen Steuersatz von 1.1 Promille bzw. 1.5 Promille kennen.

Die Regierung und der Kantonsrat lehnen die Initiative ab und verzichten auf einen Gegenvorschlag. Der Kantonsrat lehnt die Initiative insbesondere deshalb ab, weil im Kanton St.Gallen die Vermögenssteuerbelastung im Vergleich zu den Nachbarkantonen sowie den umliegenden Staaten (Österreich, Deutschland und Fürstentum Liechtenstein) hoch ist und insoweit bereits heute ein Standortnachteil besteht. Bei Annahme der Initiative wäre deshalb mit dem Wegzug wohlhabender Personen zu rechnen, was bislang in den Berechnungen der Steuermehreinnahmen nicht berücksichtigt wurde.

Das Initiativkomitee will der Entwicklung der letzten Jahre Einhalt gebieten, bei der Schritt für Schritt die Steuern für Reiche und Unternehmen gesenkt wurden und die ausbleibenden Steuereinnahmen mit immer neuen Sparpaketen kompensiert werden mussten. Dieser Leistungsabbau habe dem Kanton grossen Schaden zugefügt und auf grosse Teile der St.Galler Bevölkerung eine einschneidende Wirkung gehabt. Die Initiative bezwecke ausserdem, das St.Galler Steuersystem gerechter zu machen, da nur mehr Steuern bezahle, wer mehr verdiene und ein grösseres Vermögen habe. Die Attraktivität eines Kantons hänge schliesslich nicht nur von der Steuerbelastung ab. Viel wichtiger für die Lebensqualität der gesamten St.Galler Bevölkerung seien eine gute Infrastruktur und die Leistungen, die der Kanton und die Wohngemeinden bieten würden.

Warum eine Volksabstimmung? Das Gesetz über Referendum und Initiative (sGS 125.1) bestimmt, dass die Regierung eine Volksabstimmung anzuordnen hat, wenn der Kantonsrat eine Initiative ohne Gegenvorschlag ablehnt.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

http://www.abstimmungen.sg.ch/home/sachabstimmungen/abstimmungsbroschueren/Abstimmungsbroschueren_20141.html

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)



TI

1. Ecoincentivi – Modifica del 25 novembre 2014 della legge sulle imposte e tasse di circolazione dei veicoli a motore del 9 febbraio 1977

Partecipazione:

NO (67.0%)
43.1%

Il 25 novembre 2014 il Gran Consiglio ticinese ha approvato una modifica della legge sulle imposte e tasse di circolazione dei veicoli a motore per consentire il finanziamento di provvedimenti a favore della mobilità sostenibile (introduzione del nuovo articolo 1b).

Contro la modifica di legge è stato promosso un referendum che ha raccolto 13'055 firme ed è pertanto riuscito.

Il nuovo articolo 1b della legge sulle imposte e tasse di circolazione dei veicoli a motore del 9 febbraio 1977 definisce due principi:

- accorda al Consiglio di Stato la facoltà di applicare un supplemento variabile tra l'1% e il 5% all'imposta di circolazione di automobili, autoveicoli pesanti e autobus, motoveicoli e motoleggere;
- stabilisce che questo supplemento è destinato a finanziare provvedimenti a favore della mobilità sostenibile: incentivi all'acquisto di veicoli molto efficienti (sia per la mobilità privata che per quella in condivisione, aziendale o pubblica), incentivi per lo sviluppo e l'attuazione di misure di mobilità aziendale, estensione della rete di rifornimento per veicoli elettrici e a gas, consulenza sui temi della mobilità sostenibile.

Il supplemento d'imposta non intende pertanto accrescere le entrate dello Stato, ma sarebbe unicamente finalizzato alla compensazione delle uscite effettive nell'ambito dei programmi di promozione approvati dal Gran Consiglio.

Unitamente alla modifica di legge oggetto del referendum, il Gran Consiglio ha anche deciso di stanziare un credito quadro di CHF 16 milioni a favore di un primo programma di incentivi: 5 milioni sono già disponibili, mentre che gli ulteriori CHF 11 milioni dovranno essere finanziati, nell'arco di 5 anni, con il nuovo supplemento sull'imposta di circolazione.

Se la modifica di legge non verrà accolta, anche il programma di incentivi verrà a cadere.

Dal loro lato, gli oppositori alla modifica di legge sono contrari all'ennesimo aumento – fino al 5% – dell'imposta di circolazione perché:

- sarebbe tra le più care in Svizzera (5 volte superiore all'imposta vallesana e oltre il 30% più cara rispetto a quella del Canton Grigioni);
- gli automobilisti sarebbero già continuamente tartassati;
- si dimenticherebbero i moltissimi frontalieri e automobilisti di passaggio che inquinano e generano anch'essi traffico;
- lo Stato dovrebbe ridurre la spesa pubblica prima di richiedere nuovi sacrifici ai cittadini.

In oltre, la storia insegnerebbe (come l'esempio dell'IVA o dell'Imposta federale diretta) come gli aumenti d'imposta dipinti come «temporanei» diventano invece definitivi, erodendo il potere d'acquisto dei cittadini.

Finalmente, l'aumento della tassa di circolazione finanzierebbe prioritariamente sussidi a fondo perso per le auto elettriche (il cui ciclo di produzione non sarebbe esattamente ecologico), senza risolvere in alcun modo i problemi di traffico attuali.

2. «Salviamo il lavoro in Ticino» – Iniziativa popolare costituzionale

elaborata. Modifica della Costituzione cantonale del 14 dicembre 1997

SI (54.7%)
43.1%

Partecipazione:

L'iniziativa popolare costituzionale elaborata del 9 aprile 2013 «Salviamo il lavoro in Ticino! », sottoscritta da 11'585 cittadini, propone di ancorare nella Costituzione cantonale il diritto ad un salario minimo per assicurare un tenore di vita dignitoso a ogni persona: il Gran Consiglio l'ha accolta il 24 marzo 2015. Trattandosi di modifiche costituzionali, l'iniziativa popolare deve essere posta perciò in votazione.

Questa iniziativa popolare costituzionale chiede, che laddove un salario minimo non è garantito da un contratto collettivo di lavoro (d'obbligatorietà generale o con salario minimo obbligatorio), esso sia stabilito dal Consiglio di Stato. Inoltre, il salario minimo deve:

- corrispondere ad una percentuale del salario mediano nazionale;
- essere differenziato in base alla mansione svolta e al settore economico;
- riguardare unicamente gli ambiti che non sono già coperti da un contratto collettivo con salario minimo obbligatorio.

Il meccanismo studiato per l'iniziativa prevede di differenziare per settore e funzione e non imporre lo stesso salario minimo a tutte le categorie e i settori. È quindi flessibile e ragionevole. Dopo Giura e Neuchâtel, il Ticino sarebbe il terzo Cantone a introdurre questa soluzione. Inoltre, non fissando un minimo nella legge, il meccanismo permette di negoziare e discutere, grazie alla supervisione del Governo, tra parti sociali.

Infine, aspetto quanto mai importante, l'iniziativa esclude i settori già coperti da contratti collettivi, rappresentando quindi un incentivo alla stipula di contratti collettivi nei settori che ne sono ancora privi.

I sostenitori argomentano che la situazione del mercato del lavoro in Ticino è molto difficile. Dall'introduzione della libera circolazione delle persone, vi sarebbe stata una continua pressione sui salari dei residenti e la sostituzione di manodopera locale con manodopera frontaliera. Questi due fenomeni appaiono evidenti nelle statistiche sull'occupazione e nell'andamento dei salari, che in Ticino sono inferiori di 1'000 franchi alla media svizzera.

L'introduzione di salari dignitosi sarebbe uno dei pochi strumenti che abbiamo per rendere meno conveniente, per un datore di lavoro, assumere dei frontalieri.

All'attuazione di questa iniziativa si opporrebbero un motivo di principio e alcuni altri di carattere pratico.

L'obiezione di principio sarebbe quella: L'articolo 13 cpv. 3, che l'iniziativa vuole introdurre nella Costituzione, recita: «Ogni persona ha diritto ad un salario minimo che le assicuri un tenore di vita dignitoso.» Orbene, perché per un operaio/a non qualificato/a sarebbe dignitoso un tenore di vita da CHF 2'800.- mensili, mentre che per un/a lavoratore/trice in possesso di un diploma la dignità del tenore di vita inizierebbe a CHF 3'800.-, per un laureato a 7'000, e via dicendo?

Il tenore di vita dignitoso – parametro alla base della proposta degli iniziativaisti – dovrebbe essere un valore assoluto, ancorché difficile da definire in cifre, e che non può quindi essere diversificato a seconda del settore professionale. Dovrebbe essere uguale per tutti, ma è un concetto già respinto a livello federale in votazione popolare.

Per di più, l'effetto sul dumping salariale sarebbe inesistente, rappresenterebbe un vantaggio solo per alcuni frontalieri e la sua applicazione sarebbe difficile.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

http://www4.ti.ch/fileadmin/GENERALE/DIRITTIPOLITICI/votazioni/14062015/opuscolo_14_06_2015.pdf

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)



UR

1. Änderung des Gesetzes über die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuchs (Regelung der vollzugsrechtlichen Sicherheitshaft) **JA (82.3%)** **Stimmbeteiligung: 35.3%**

Im Strafvollzug kann einer verurteilten Person nach Verbüssen von zwei Dritteln der Strafe oder Massnahme die bedingte Entlassung gewährt werden. Es fehlt aber bislang eine Rechtsgrundlage für das sofortige Einschreiten der Vollzugsbehörde, falls sich die entlassene Person während der nachfolgenden Probezeit nicht an die Weisungen der Vollzugsbehörde oder der Bewährungshilfe hält oder die Gefahr droht, dass sie weitere Straftaten begeht.

Mit der Änderung des Gesetzes über die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches soll die Vollzugsbehörde die Möglichkeit erhalten, sofort Sicherheitshaft anzuordnen, bis das Gericht über die Rückversetzung in den Straf- oder Massnahmenvollzug entschieden hat. Somit könnte der Schutz der Öffentlichkeit besser gewährleistet werden.

In verfahrensrechtlicher Hinsicht und weil es sich doch um einen schweren Eingriff ohne richterliches Urteil handelt, soll die Vollzugsbehörde verpflichtet werden, die angefochtene Sicherheitshaft beim Zwangsmassnahmengericht unverzüglich, spätestens aber innert 48 Stunden, genehmigen zu lassen.

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) hat in einem Schreiben vom 2. Februar 2011 ausdrücklich bestätigt, dass die Kantone zuständig sind, eine so geordnete Sicherheitshaft im kantonalen Recht zu regeln, solange der Bund nicht entsprechend legiferiert. Verschiedene Kantone haben eine **vollzugsrechtliche Sicherheitshaft** bereits eingeführt (z. B. Zürich, Bern, Schaffhausen, St. Gallen, Aargau). Andere sind daran, die notwendige Rechtsgrundlage zu schaffen.

Der Landrat hat der Änderung des Gesetzes über die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches mit 58 zu 0 Stimmen (bei einer Enthaltung) zugestimmt.

Warum dann eine Volksabstimmung? Der Kanton Uri gehört zu den wenigen Kantonen, die das obligatorische Gesetzesreferendum kennen. Laut Art. 24 Bst. b der Verfassung des Kantons Uri vom 28. Oktober 1984 sind deshalb alle kantonalen Gesetze der obligatorischen Volksabstimmung unterstellt.

2. Änderung der Gewässernutzungsverordnung (Verfahren und Entscheid bei Konkurrenzsituationen)

JA (67.02%)
35.3%

Stimmbeteiligung:

Diese Änderung der Gewässernutzungsverordnung soll Lücken im Verfahren zur Vergabe von Konzessionen von öffentlichen Gewässern schliessen. Neu sollen beim Kanton eingereichte Konzessionsgesuche zur Nutzung der Wasserkraft oder zur Pumpspeicherung im Amtsblatt publiziert werden. Daraufhin hätten Konkurrenten sechs Monate Zeit, ebenfalls ein Gesuch einzureichen. Erst danach soll das Konzessionsverfahren erfolgen können, um damit die Konzessionsvergabe in derartigen Konkurrenzsituationen fair und effizient zu gestalten.

Am 24. Februar 2015 hat ein Komitee der Standeskanzlei insgesamt 1'110 Unterschriften für das Referendum gegen die Änderung der Gewässernutzungsverordnung eingereicht. Sie begründen ihr Referendum damit, dass einheimische, ansässige Kraftwerkunternehmen bei der Verleihung von Wassernutzungskonzessionen regelmässig übergangen würden; die Änderung der Gewässernutzungsverordnung wirke dem nicht entgegen.

Die Kantonsbehörden ihrerseits betonen, dass das Bundesrecht verlange, die Vergabe von Konzessionen in einem diskriminierungsfreien und transparenten Verfahren durchzuführen. Es sei deshalb folgerichtig, das Verfahren für die Vergabe in Konkurrenzsituationen entsprechend zu regeln.

Im Gegensatz zum Konkurrenzentscheid, bei dem es sich kraft Bundesrecht um einen Akt der Verwaltungsrechtspflege handelt, sei der Entscheid über die Konzessionserteilung letztlich ein politischer Akt. Der Landrat (Vergabebehörde) und das Stimmvolk (Referendum) hätten es deshalb wie bisher in der Hand, einheimische, ansässige Kraftwerkunternehmen bei der Verleihung von Wassernutzungskonzessionen zu berücksichtigen. Ein Anspruch auf Konzessionserteilung bestehe nicht.

3. Kreditbeschluss für die Erweiterung des Wohnheims Phönix Uri (Abschreibung und Verzinsung)

JA (80.15%)
35.6%

Stimmbeteiligung:

Das Wohnheim Phönix Uri betreibt seit rund 20 Jahren in Altdorf eine Wohneinrichtung für Menschen mit psychischer Behinderung und bezweckt deren soziale und berufliche Rehabilitation. Die projektierte notwendige Investition in eine zeitgemässe Infrastruktur unterliegt aufgrund der Mehrkosten zum geplanten Budget der Abstimmung.

Bei der Erarbeitung des Projekts stand die Stiftung Phönix Uri in Kontakt mit dem Amt für Hochbau. Das Amt für Hochbau hat die Projekteingabe im Detail nach den Vorgaben des Richtprogramm für Bauten der Invalidenversicherung (vom 1. Juni 2003) geprüft. Die baulichen Aspekte wurden als gut befunden. Das geplante Projekt wurde als zweckmässig und die Kosten als angemessen beurteilt.

Warum eine Volksabstimmung? Das Projekt zur Erweiterung des bald 20-jährigen Wohnheims mit Investitionskosten von CHF 2'555'000.- sieht keine Kapazitätserhöhung vor, sondern soll lediglich an den heutigen Standard angepasst werden. Die Abschreibungen und Zinsen der geplanten Investition, die vom Kanton Uri getragen werden, hätten aber während mindestens zehn Jahren jährliche Mehrkosten von CHF 180'000.- zur Folge. Da diese Mehrkosten gegenüber dem Budget 2015 ab 2017 mehr als CHF 100'000.- betragen und während mindestens zehn Jahren wiederkehren werden, unterliegt dieses Geschäft der obligatorischen Volksabstimmung nach Art. 24 Bst. d der Verfassung des Kantons Uri vom 28. Oktober 1984.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

<http://www.ur.ch/dl.php/de/5535f0a54af77/Abstimmungsbuchlein.pdf>

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

VS



1. Révision de la Constitution cantonale du 12 mars 2015

A) composition et mode d'élection du Grand Conseil

~~OUI 50.1%~~ → **NON**

Participation:

50.50%

B) organisation des autorités cantonales

~~OUI 51.7%~~ → **NON**

Participation:

50.49%

Les Valaisans ont **refusé** la réforme des institutions supposée mettre le canton en conformité avec la loi fédérale. Pourtant, il y a eu plus de votes positifs que négatifs dans les urnes. Ce sont les **très nombreux bulletins blancs** qui ont décidé de la votation.

L'article 106 de la Constitution valaisanne du 8 mars 1907 stipule que la modification d'une loi fondamentale requiert «la majorité absolue des citoyens qui ont pris part au vote». Cela signifie – selon Ernest Weibel – qu'«il est nécessaire de recueillir plus de votes favorables que l'ensemble des votes négatifs et des votes blancs.». Alors, les **8'171 bulletins blancs** ont pesé très lourd : ils n'ont été plus que 46.21% des votants à accepter la réforme, et ce n'est pas suffisant. C'est justement l'esprit de cette disposition constitutionnelle: il faut une majorité solide pour modifier la Constitution.

Il semblerait que la complexité des objets en cause et leur formulation peu claire par la Chancellerie ait découragé les électeurs...

La révision soumise au vote concerne les institutions cantonales, notamment les autorités cantonales – le Grand Conseil (pouvoir législatif) et le Conseil d'Etat (pouvoir exécutif). Cette réforme des institutions valaisannes s'inscrit dans le cadre de la révision totale de la Constitution cantonale, entreprise par étapes (contrairement à la plupart des autres cantons). Cette réforme des institutions (dite « réforme R21 ») vise un nombre important de dispositions de la Charte fondamentale du Valais et touche à des domaines essentiels de l'organisation et du fonctionnement du canton. De manière générale, cette « réforme R21 » viserait à moderniser les institutions valaisannes en les adaptant aux réalités de ce début de XXI^{ème} siècle.

A) Composition et mode d'élection du Grand Conseil

La réforme propose de maintenir le nombre de 130 députés et de 130 suppléants. En définitive, ce chiffre semble assurer une meilleure représentation de la diversité géographique et linguistique du canton.

A ce propos, le Parlement a introduit une garantie de 35 sièges au Haut-Valais, soit plus précisément aux arrondissements de Brigue et de Viège. Cette volonté de protection de la minorité linguistique ne constitue pas une première dans l'ordre juridique suisse. En effet, la Constitution du canton de Berne garantit au cercle francophone du Jura bernois une garantie de douze mandats, alors qu'une répartition sur la base de la population ne lui en donnerait que neuf.

Pour le mode d'élection proposé (qui a tant troublé les électeurs), cf. encadré page suivante.

Qu'est-ce que la double proportionnelle ? Ou double Pukelsheim ? Ce n'est pas facile ...

Il vaut la peine de se pencher sur cette question puisque plusieurs cantons ont introduit ce système ou vont être obligés de le faire. Il s'agit de procédures complexes, et la sagacité des électeurs sera mise à rude épreuve pour bien les comprendre...

Pour ce qui concerne le Valais, c'est par un arrêt publié le mercredi 19 février 2014 (ATF 140 I 107) que le Tribunal fédéral a contraint le canton à revoir son système d'élection à la proportionnelle pour le Grand Conseil, jugé non conforme à la Constitution fédérale (suite à un recours des partis minoritaires). C'est la raison pour laquelle le canton a dû entreprendre cette modification constitutionnelle, de manière à utiliser un système conforme pour les prochaines élections de 2017.

Dans son message, le gouvernement valaisan rappelle que les 130 députés et 130 suppléants seraient répartis entre les arrondissements et sous-arrondissements selon la population suisse de résidence. Cela signifierait que pour l'élection 2017, le Conseil d'Etat attribuerait les sièges, selon la population suisse de résidence, aux arrondissements et sous-arrondissements correspondant aux districts actuels de Conches, Rarogne oriental, Brigue, Viège, Rarogne occidental, Loèche, Sierre, Sion, Hérens, Conthey, Martigny, Entremont, Saint- Maurice et Monthey. Le message énumère ensuite les arrondissements et sous-arrondissements retenus. Dans la perspective des élections au Grand Conseil 2021, une procédure de changement d'arrondissement pour les communes limitrophes devrait être prévue dans la législation d'application.

Avec le nouveau système, les citoyens continueraient de voter (comme aujourd'hui) pour les candidats représentant leur district en tant que sous-arrondissement. Les listes des différents partis devraient compter au maximum un nombre de candidats équivalant aux sièges attribués au sous-arrondissement (district). Cela signifierait que les électeurs des différents sous-arrondissements ne disposeraient pas du même nombre de suffrages. L'addition des suffrages à l'intérieur de l'arrondissement contreviendrait au principe de l'égalité de traitement, en ce sens que chaque électeur ne détiendrait pas la même force électorale. C'est la raison pour laquelle les suffrages de partis seraient convertis en nombre d'électeurs (division du nombre de suffrages de partis par le nombre de sièges attribué aux sous-arrondissements). Les nombres d'électeurs obtenus par chaque parti dans les sous-arrondissements seraient additionnés à l'échelle de l'arrondissement. Il en résulterait un nombre d'électeurs théorique pour chaque parti dans l'arrondissement.

Sur cette base objective interviendrait la *première répartition* entre les divers partis politiques. Dans la pratique, ce calcul serait effectué à l'aide d'un logiciel. A l'issue de cette première phase, les sièges de l'ensemble de l'arrondissement seraient attribués aux divers partis en fonction de leur force électorale dans l'arrondissement.

Puis interviendrait la *deuxième phase de la répartition* (d'où le nom de double proportionnelle) visant à distribuer, dans les sous-arrondissements, les sièges obtenus par chaque parti à l'intérieur de l'arrondissement. Le calcul s'effectuerait également à l'aide d'un logiciel dans le respect des deux principes suivants :

- chaque parti obtiendrait le nombre de sièges auquel il a droit dans l'arrondissement électoral ;
- chaque sous-arrondissement (district) obtiendrait le nombre de sièges qui lui a été attribué selon sa population suisse de résidence.

L'arrondissement de Sierre constituerait une exception puisqu'il ne comprendrait pas de sous-arrondissements. Ici, seule la première phase du processus serait appliquée (répartition des sièges aux différents partis en lice dans l'arrondissement).

Ce mode d'élection s'applique actuellement dans plusieurs cantons et communes. Il est préconisé par le Tribunal fédéral, pour qui « Il y a des possibilités de conserver des petits districts afin de protéger les minorités, tout en garantissant une application relativement exacte des forces de partis au Parlement ». Pour en savoir plus, cf. le rapport de 34 pages « Comparaison des systèmes électoraux proportionnels » publié le 21 août 2013 par la Chancellerie fédérale. On y trouve en page 3 la comparaison entre les systèmes *Hagenbach-Bischoff*, *double Pukelsheim* et *Sainte-Laguë* :

http://www.bk.admin.ch/themen/pore/nrw/index.html?lang=fr&download=NHZLpZeg7t,Inp6I0NTU042I2Z6In1ae2Izn4Z2qZpnO2Yyuq2Z6gpJCIdIF9fWym162epYbq2c_JjKbNoKSn6A--.

B. Organisation des autorités valaisannes

Le Grand Conseil a opté pour le *statu quo* : un Conseil d'Etat de cinq membres élus au système majoritaire. Quant à son élection, la réforme maintiendrait la règle selon laquelle les trois régions du canton (Haut-Valais, Valais central et Bas-Valais) doivent être représentées au Conseil d'Etat (art. 52 al. 2 Cst. cant.). La représentation des trois régions au Conseil d'Etat est un signe important de la cohésion cantonale et du respect de la minorité linguistique ainsi qu'un gage de représentativité de l'exécutif cantonal.

En revanche, la réforme introduirait plusieurs modifications, notamment la suppression de la règle « un seul Conseiller d'Etat par district », la suppression du district comme entité administrative, avec en corollaire la suppression du conseil de district, des préfets et des sous-préfets. Par ailleurs, les élections cantonales devraient se dérouler à l'automne (alors qu'actuellement elles ont lieu le premier dimanche de mars suivant les élections communales).

Un objet mais deux questions

La modification de la Constitution valaisanne est soumise au peuple sous la forme de *deux questions*. Cette manière de procéder découle de la volonté du Conseil d'Etat de respecter l'injonction du Tribunal fédéral selon laquelle il appartient aux autorités cantonales d'élaborer, en vue des prochaines élections du Grand Conseil, un mode d'élection conforme à la Constitution fédérale.

Afin d'éviter toute « opposition parasite », la composition et le système d'élection du Grand Conseil font l'objet d'une question spécifique.

Ensuite, le texte adopté par le Grand Conseil en deuxième lecture indique : «La présente réforme est soumise au vote du peuple. Elle fait l'objet de deux questions distinctes, la première sur les articles 41 et 42 nouveaux et sur l'abrogation de l'article 84 et la deuxième sur l'ensemble des autres articles modifiés. Chacune des deux questions porte également sur l'article 110 relatif à l'ordre et la numérotation des articles». Ainsi, le citoyen pourra, à sa guise, se prononcer sur deux questions totalement indépendantes l'une de l'autre.

2. Décret créant un fonds pour le financement du projet de la troisième correction du Rhône

Participation:

OUI (57%)
50.64%

Les autorités cantonales rappellent que le Valais est gravement menacé par les crues du Rhône. La 3^{ème} correction du fleuve (R3) prévoit la protection des personnes et des biens. Les grandes lignes de ce projet ont été validées par le Conseil d'Etat suite à l'abandon d'un certain nombre d'alternatives considérées comme incapables d'assurer la sécurité des Valaisans et incompatibles avec les lois cantonales et fédérales. Il s'agirait aujourd'hui de réaliser rapidement R3 en effectuant les travaux urgents dans les 10 ans. Un fonds de financement serait nécessaire pour accélérer les travaux. Le Grand Conseil a décidé de le constituer par voie de décret, une forme de loi urgente. Un comité référendaire s'oppose à ce projet R3 qualifié de pharaonique. Comme à Genève avec la LDTR (cf. ci-dessus p. 6), les positions des partisans et des adversaires du projet – qui se déchirent sur les variantes – sont totalement antinomiques.

Le Grand Conseil valaisan a décidé le 11 septembre 2014 de créer un fonds de financement de 60 millions de francs pour le projet de 3^{ème} correction du Rhône. Il compléterait le budget ordinaire alloué à la protection contre les crues du Rhône et permettrait de réaliser de l'ordre de grandeur d'un milliard de francs de travaux et d'accélérer la sécurisation des 100'000 personnes vivant dans la plaine du Rhône. Ces travaux devraient supprimer le danger et permettre d'éviter que 1'110 hectares de zones à bâtir ne soient rendus inconstructibles à cause de la situation de danger.

Il convient de noter que le vote porte uniquement sur la constitution de ce fonds de 60 millions de francs et non sur le projet d'aménagement du fleuve qui sera développé ultérieurement et devrait alors permettre – le cas échéant – à toute personne concernée de faire opposition à ces travaux.

Le gouvernement valaisan insiste sur la nécessité de protéger le patrimoine et de poursuivre le travail des générations passées, pour offrir aux générations futures la sécurité durable nécessaire à leur développement. A ses yeux, la majeure partie de la plaine serait menacée d'inondation en cas de crue du Rhône, un danger qui menacerait non seulement la population et les biens mais le développement économique, puisque la construction de nouveaux immeubles, industries ou habitations en zone de danger serait limitée, voire interdite. Tout cela représenterait une situation de danger inacceptable justifiant un décret du Grand Conseil.

Le décret proposé aux électeurs devrait permettre de réaliser des travaux conduits et financés par le canton mais subventionnés par la Confédération, des travaux par ailleurs actuellement arrêtés faute de budget cantonal suffisant ; il permettrait aussi d'accélérer les travaux et de diminuer la charge financière du canton en augmentant le taux de subvention fédérale de 14% à 26%.

Le Comité référendaire est d'un avis diamétralement opposé et conteste toute l'argumentation du gouvernement.

A ses yeux, l'élargissement voulu par le Conseil d'Etat coûterait au moins CHF 3 milliards, dont 1 milliard pour les 10 prochaines années. Alors que les finances cantonales cumulent les pertes (83 millions en 2013, au moins 100 millions en 2014, déficit structurel annuel de 120 millions), le canton devrait assumer CHF 360 millions et les communes CHF 150 millions. Les contribuables valaisans paieraient donc au minimum CHF 500 millions par leurs impôts cantonaux et communaux. Le projet R3, qualifié de « variante de luxe » entraînerait « inéluctablement » des hausses d'impôts.

Il existerait pourtant une variante dite « alternative », qui ne déplacerait pas systématiquement les digues actuelles et reviendrait à CHF 1 milliard, soit trois fois moins. Pour les opposants, les promoteurs du R3 cumuleraient dans leur argumentation les dégâts potentiels de plusieurs crues centennales afin de justifier son coût exorbitant. Au contraire, la variante alternative prendrait en compte les ressources financières du canton et des communes et afficherait un rapport raisonnable entre son coût et les dégâts probables.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

http://www.vs.ch/Repository/DS_369/C_26/173/ETA104_Vot_Juin_15_FR.pdf

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

ZG



Stadttunnel Zug mit ZentrumPlus (Behördenreferendum zum Objektkredit)

Stimmbeteiligung:

NEIN (62.79%)
61.34%

Seit Jahrzehnten existieren Pläne, die Innenstadt Zug mit einem Strassentunnel zu unterfahren. Eine allseits akzeptierte Lösung wurde bislang nie gefunden. Nun liegt ein Projekt vor, an dem die Zugerinnen und Zuger selbst mitgewirkt haben und das somit breit abgestützt ist.

Das Projekt «Stadttunnel Zug mit ZentrumPlus» soll über ein lokales Verkehrsvorhaben hinausgehen. Es würde der Stadt Zug die Chance eröffnen, den Bereich Bahnhof/Bundesplatz und das historische Zentrum städtebaulich aufzuwerten und neu zu beleben. Dies wäre zum Vorteil des ganzen Kantons, denn von einem attraktiven Hauptort würden letztlich alle profitieren.

Für das Mehrgenerationen-Projekt «Stadttunnel Zug mit ZentrumPlus» wurde ein Objektkredit von 890 Millionen Franken beantragt. Der Kredit soll folgende Positionen umfassen:

Landerwerb, Erwerb von Rechten	144.7 Mio. Franken
Projektierung	60.5 Mio. Franken
Bau	569.2 Mio. Franken
Reserven	60.4 Mio. Franken
Mehrwertsteuer	55.2 Mio. Franken
Gesamtkosten (inkl. MWST)	890.0 Mio. Franken

Kantonsrat und Regierungsrat finden, der Stadttunnel und das ZentrumPlus (Bereich der Innenstadt, der mit flankierenden Massnahmen entlastet und städtebaulich aufgewertet werden soll) seien Investitionen in die Zukunft. Sie sollen der Stadt und dem Kanton Zug auf Generationen hinaus Mehrwerte liefern, die betragsmässig weit über ein kurzfristiges Entlastungsprogramm hinausreichen würden. Dazu kämen auch qualitative Gewinne durch ein verkehrsberuhigtes Zentrum.

Gegenargumente im Kantonsrat standen unter dem Motto «Viel Geld – geringe Wirkung». Tatsächlich sind sowohl Kanton wie Stadt Zug derzeit in den roten Zahlen. Deshalb plant der Kanton, jährlich 100 Millionen einzusparen – unter anderem bei Schulen, Gesundheit, Kultur, Familien oder bei Buslinien. Wer gesunde Staatsfinanzen und guten Service public für die Bevölkerung wolle, so die Projektgegner und –gegnerinnen, würde deshalb beim Stadttunnel sparen.

Das Projekt «Stadttunnel Zug mit ZentrumPlus» wurde im Kantonsrat mit 43 Ja, 33 Nein und 2 Enthaltungen angenommen. Dennoch unterliegen §§ 2 – 4 des diesbezüglichen Kantonsratsbeschlusses sowie die Fremdänderungen der Volksabstimmung. Diese kam aufgrund eines Behördenreferendums gemäss § 34 Abs. 4 der Kantonsverfassung zustande, da die Volksabstimmung von einem Drittel der Mitglieder des Kantonsrates unmittelbar nach der Schlussabstimmung beschlossen wurde.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

http://www.zg.ch/behoerden/staatskanzlei/kanzlei/abstimmungen-und-wahlen/abstimmungen-kantonal/abstimmungsbroschueren-und-resultate/downloads/Baudirektion-ZG_Abstimmungserlaeuterungen_Stadttunnel_2015.pdf

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

ZH



1. Gebührenvorlage: Änderung der Kantonsverfassung (Änderung vom 8. September 2014; obligatorisches Referendum für Gebühren)

Stimmbeteiligung:

NEIN (59.39%)
41.52%

**2. Gebührenvorlage: Änderung des Gemeindegesetzes
(Änderung vom 8. September 2014; Gebührenkatalog)
Stimmbeteiligung:**

**NEIN (64.3%)
41.49%**

Ein bedeutender Teil des öffentlichen Haushalts wird über Gebühren finanziert. Die beiden parallel eingereichten Volksinitiativen verlangen die Einschränkung des Gebührenwachstums.

Die Volksinitiative «*Ja zu fairen Gebühren im Kanton*» verlangt eine Verfassungsänderung und untersteht dem obligatorischen Referendum. Die Volksinitiative «*Ja zu fairen Gebühren in den Gemeinden*» fordert eine Änderung des Gemeindegesetzes. Der Kantonsrat hat die Verfassungsänderung befürwortet und der Gesetzesänderung zugestimmt.

Mit einer Verfassungsänderung und einer Änderung des kantonalen Gemeindegesetzes sollen zukünftig alle staatlichen Gebühren auf Gesetzesstufe geregelt werden. Zudem sollen neue kantonale Gesetze oder Gesetzesänderungen dem obligatorischen Referendum unterstehen, wenn sie zu höheren Gebühreneinnahmen führen, die über den Aufwendungen des Gemeinwesens liegen oder für die Einzelnen höhere Belastungen zur Folge haben.

In den Gemeinden sollen das Parlament oder die Gemeindeversammlung die entsprechenden Gebühren genehmigen. Der Kanton und die Gemeinden sollen die Gebühren neu in einem Gebührenkatalog erfassen, der vom Parlament oder von der Gemeindeversammlung genehmigt werden müsste.

Der Kantonsrat hat der Änderung der Verfassung des Kantons Zürich (obligatorisches Referendum für Gebühren) am 8. September 2014 mit 89 zu 79 Stimmen zugestimmt. Gleichzeitig wurden gegen die Änderung des Gemeindegesetzes das Kantonsrats- und das Gemeindereferendum ergriffen worden.

Beispiel Universitätsspital

Das Universitätsspital Zürich erbringt zahlreiche Dienstleistungen, die nicht durch die obligatorische Krankenpflegeversicherung gedeckt sind und deshalb durch Gebühren finanziert werden. Darunter fallen etwa Geburtsvorbereitungskurse, Sitzwachen oder Zusatzbetten für Begleitpersonen.

Bei einer Annahme der Vorlage müssten alle konkreten Gebühren im Gebührenkatalog erfasst und alle vier Jahre vom Kantonsrat überprüft und genehmigt werden. Allein im Falle der Vollzugsverordnung zur Taxordnung des Universitätsspitals Zürich beträfe dies über 100 Gebührenansätze.

Dies hätte einen hohen administrativen Mehraufwand mit entsprechenden Mehrkosten zur Folge und würde die sachgerechte Anpassung von Gebühren erschweren, ohne einen Nutzen für Patientinnen und Patienten zu schaffen.

Ablehnende Stellungnahme des Regierungsrates

Der Regierungsrat hat deshalb eine ablehnende Stellungnahme abgegeben. Seiner Meinung nach beruhen schon heute alle Gebühren, die Kanton und Gemeinden erheben, auf klaren gesetzlichen Grundlagen. Sie dürfen zudem höchstens die Kosten des Gemeinwesens decken und müssen verursachergerecht und angemessen sein. Die Gebührenbelastung pro Kopf der Bevölkerung sei seit Jahren stabil. Gebühren, die nicht den gesetzlichen Anforderungen entsprechen würden, könnten jederzeit angefochten und überprüft werden. Die wesentlichen Ziele der beiden Gebührenvorlagen seien deshalb schon

heute erfüllt. Der Regierungsrat empfiehlt, beide Vorlagen abzulehnen.

Ablehnende Stellungnahme von 81 Städten und Gemeinden

Was die Änderung des Gemeindegesetzes betrifft, haben 81 Städte und Gemeinden eine ablehnende Stellungnahme abgegeben. Die Änderung des Gemeindegesetzes, ausgelöst durch die Volksinitiative «Ja zu fairen Gebühren in den Gemeinden», würde verlangen, dass alle Gebühren in einem Gebührenkatalog – losgelöst von ihrer Rechtsgrundlage – jeweils zu Beginn einer Legislatur zu genehmigen seien und dass nur genehmigte Gebühren erhoben werden dürften.

Welche Auswirkungen dies auf den Betrieb einer Gemeinde hätte, ist gemäss den 81 Kommunen derzeit ungeklärt und es stellen sich weitere Fragen: Wer soll die Aufwendungen bezahlen, wenn die Parkgebühren nicht erhoben werden dürfen? Soll die Gemeinde die Wasserversorgung einstellen, wenn die Wasserbezugsgebühren nicht bewilligt werden? Ist es richtig, dass in diesem Fall der Steuerzahler dafür belangt wird? Neben Rechtsunsicherheiten und Kompetenzkonflikten drohe zudem bei Ablehnung des Gebührenkataloges der Gemeindeverwaltung gar die Handlungsunfähigkeit. Der bürokratische Aufwand und die Kosten, welche durch die Überprüfung der Gebühren alle vier Jahre generiert würden und vom Steuerzahler zu tragen wären, würden von den Initianten schliesslich schlichtweg ausgeblendet.

3. Volksinitiative «Keine Härtefallkommission»

Stimmbeteiligung:

NEIN (68.24%)
42.61%

Die Volksinitiative «Keine Härtefallkommission für abgewiesene Asylsuchende und Personen mit ungeregeltem Aufenthaltsstatus» verlangt, dass die heute bestehende Härtefallkommission abgeschafft wird und dass der Regierungsrat auch künftig keine solche Kommission mehr einsetzen kann.

Regierungsrat und Kantonsrat lehnen diese Initiative ab: Sie erachten es als systemwidrig und staatspolitisch fragwürdig, dass dem Regierungsrat die Kompetenz entzogen würde, eine beratende Kommission einzusetzen. Zudem hätte sich die Härtefallkommission bewährt und ihre Arbeit hätte zur Beruhigung in einem sensiblen Bereich der Asylpolitik beigetragen. Härtefallbewilligungen seien schliesslich im Bundesrecht ausdrücklich vorgesehen und auch bei Annahme der Initiative wären Härtefallgesuche in einem kantonalen Verfahren zu prüfen.

Die Initianten und Initiantinnen vertreten ihrerseits eine ganz andere Meinung. Für sie ist eine Härtefallkommission als Misstrauen gegenüber den Ausländerbehörden, den Gerichten und den geltenden Gesetzen zu werten. Das Migrationsamt würde kein Korrektiv zugunsten Ausreisepflichtiger benötigen, da jedem Härtefall ein Rechtsverfahren vorausgehen würde. Es wäre schliesslich auch ein Anliegen der Asylgesetzrevisionen gewesen, die Verfahren zu straffen. Die allermeisten anderen Kantone hätten sodann keine Härtefallkommission.

Die Initianten und Initiantinnen betonen, dass sie eine qualifizierte Einwanderung anstreben. Erfolgreiche Einwanderungsländer würden ihre Aufenthaltsbedingungen nur nach den strengsten Kriterien vergeben und es sei deshalb störend, dass mit dem Institut der Härtefallkommission abgewiesene Flüchtlinge trotzdem im Land bleiben dürften. Die Härtefallkommission sei überflüssig und deshalb abzuschaffen.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

http://www.zh.ch/internet/de/aktuell/wahlen_abstimmungen/_jcr_content/contentPar/downloadlist/downloads/457_1429020320957.spooler.download.1428657544449.pdf/Abstimmungszeitung_14_Juni_2015.pdf

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)